



Grundsätze unserer Deutschlandpolitik

**Antrag des Parteivorstandes
für den 53. Parteitag
17./18. November 1989**

Christlich-Soziale Politik der CSU - Seidel-Stiftung - Weitergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP

Grundsätze unserer Deutschlandpolitik
Antrag des Parteivorstandes für den Parteitag
am 17./18. November 1989 (ergänzte Fassung)

Zu TOP I. Plenarversammlung am 17.11.1989

Die Freiheit ist unteilbar. Kommunismus und Sozialismus sind gescheitert. Das Streben der Menschen nach Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie ist von keiner Ideologie zu unterdrücken.

Der Umbruch im Osten, vor allem Demonstrationen in und die Massenflucht aus der DDR, haben die Krise der SED und des sozialistischen Staates offen zu Tage treten lassen. Die deutsche Frage stellt sich trotz Herstellung von Freizügigkeit auch weiter als Frage nach umfassender Freiheit, der Menschenrechte, der Selbstbestimmung. Trotz 40 Jahre DDR ist das Bewußtsein von der einen deutschen Nation lebendig geblieben.

Die Staats- und Parteiführung der DDR hat den Protest und die Fluchtwelle selbst zu verantworten. Sie stand den berechtigten Forderungen der Bevölkerung nach Mitsprache, demokratischem Pluralismus und einer menschengerechten Wirtschaftsordnung mit Unnachgiebigkeit und Verständnislosigkeit gegenüber.

Die große Zahl von Ausreiseanträgen, die Fluchtbewegung und der öffentliche Protest sind Ausdruck der Verzweiflung und Perspektivlosigkeit unserer Landsleute. Viele haben um der Freiheit willen Heimat, Besitz, Angehörige und Freunde zurückgelassen. Zugleich zeigt sich, welche Hoffnungen sich auf Westeuropa und vor allem die Bundesrepublik Deutschland richten.

- 2 -

Der Sozialismus kann die Menschen nicht gewinnen; der Marxismus ist toter Buchstabe; der Kommunismus ist eine Unterdrückungslehre. Die Fluchtbewegung ist eine Absage an den Sozialismus und ein Bekenntnis für unsere freie demokratische Gesellschaftsordnung. Damit sind Grundpositionen, die die CSU seit ihrer Gründung beharrlich vertreten hat, nachhaltig bestätigt worden.

Die Christlich-Soziale Union bekennt sich aus tiefer Überzeugung unbeirrbar zum Verfassungsauftrag, die Einheit Deutschlands im freien Europa in freier Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes zu vollenden. Wir halten daher fest am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit. Zugleich aber gilt es, das atlantische Bündnis und die westeuropäische Integration und die europäische Zusammenarbeit zu bewahren und zu vertiefen.

Die Christlich-Soziale Union steht in der Kontinuität der von Franz Josef Strauß maßgeblich geprägten und gestalteten Deutschlandpolitik.

Rechtsgrundlagen unserer Deutschlandpolitik sind das Völkerrecht, das Grundgesetz, der Deutschlandvertrag, die Ostverträge, das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin, der Brief zur deutschen Einheit, die gemeinsame EntschlieÙung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972, der Grundlagenvertrag und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973, vom Juli 1975 und vom Oktober 1987. Für uns gilt, was Franz Josef Strauß bereits 1972 erklärt hat: "Pacta sunt servanda".

Wir halten fest an den rechtlichen und politischen Grundlagen, die im Völkerrecht und im Grundgesetz verankert sind. Sie können nicht zur Disposition stehen. Dazu gehört der Fortbestand des Deutschen Reiches als Völkerrechtssubjekt und die weiterhin bestehende Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes. Das

- 3 -

bedeutet auch, daß über die endgültigen Grenzen Deutschlands erst in einem Friedensvertrag abschließend entschieden werden kann. Dies ist der völkerrechtliche Ausgangspunkt für die Lösung der deutschen Frage im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. Wie sie konkret gestaltet werden soll, muß in Verhandlungen erst erarbeitet werden. Bis dahin ist die deutsche Frage rechtlich und politisch offen.

Freiheit und Selbstbestimmung sind der Kern der deutschen Frage. Ziel unserer Politik ist es, einen Zustand des Friedens und des Ausgleichs zu schaffen, der es allen Deutschen ermöglicht, ihre Persönlichkeit frei zu entfalten, in Würde zu leben und über ihre staatliche Ordnung frei zu entscheiden. Die SPD-Parole vom "Wandel durch Annäherung" hat sich als Irrweg erwiesen. Stattdessen geht es um tiefgreifende Reformen im unfreien Teil Deutschlands. Es geht um Demokratie, Gewaltenteilung, freie Wahlen, eigenständige demokratische Parteien und die Ablösung der sozialistischen Planwirtschaft durch die soziale Marktwirtschaft. Die CSU fordert die Führung der DDR auf, all das für die Menschen zu verwirklichen, was diese fordern und wozu sich die DDR längst in internationalen Verträgen, namentlich in der UNO-Charta und in der KSZE-Schlußakte sowie in der KSZE-Folgevereinbarung verpflichtet hat. Die DDR muß die politische Verantwortlichkeit demokratisch gestalten und der Eigeninitiative auch im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft freien Raum geben. Nur so können die Menschen bewegt werden, dort zu bleiben und auch zurückzukehren, weil sie nur dann in ihrer angestammten Heimat eine Zukunftshoffnung finden.

Die Christlich-Soziale Union fordert:

- Freie Wahlen und die Zulassung von eigenständigen Parteien,
- Freizügigkeit in beiden Richtungen,

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hannoverschen Selbstbestimmung, Weitergabe nicht gestattet, Reproduktion und Veröffentlichung nur nach schriftlicher Genehmigung des ACSP

- 4 -

- Beseitigung der Mauer,
- Meinungsfreiheit und Recht auf Demonstration,
- demokratischer Pluralismus mit Mitsprache- und Mitwirkungsrechten für unabhängige Gruppen und Aufgabe des Machtmonopols der SED,
- Aufhebung der Strafbestimmungen über die Kriminalisierung Andersdenkender ("politisches Strafrecht") und sofortige Freilassung aller politischen Häftlinge,
- Beendigung jeder beruflichen Diskriminierung Andersdenkender und
- wirtschaftliche Reformen, die zu größerer Unabhängigkeit und Flexibilität der Betriebe führen und der Privatinitiative Wirkungsmöglichkeit schaffen.

Die Christlich-Soziale Union bekräftigt die Angebote, welche Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung zur Unterstützung der reformwilligen Kräfte und zur Herstellung menschenwürdiger Zustände in der DDR gemacht haben. Das Engagement der Bundesrepublik Deutschland für die Reformen in Polen und Ungarn ist ein weit hin sichtbares Zeichen dieses Willens.

Wenn die Freiheits- und Menschenrechte in der DDR gesichert sind, können auch die Deutschen in der DDR in freier Selbstbestimmung entscheiden, in welcher Staatsform und in welchem Staat sie leben wollen. Dann wird auch der Weg frei zur Lösung der deutschen Frage, zum Abschluß eines Friedensvertrages und zur Lösung der offenen völkerrechtlichen Gestaltungsfragen, die Deutschland als Ganzes betreffen.

Die CSU sieht es als Auftrag, den Willen zur Einheit in Freiheit wachzuhalten und im Innern und nach außen beharrlich zu vertreten. Alle Verfassungsorgane sind dazu verpflichtet.

Die Christlich-Soziale Union fordert die Partner in der Europäischen Gemeinschaft und im atlantischen Bündnis

- 5 -

sowie die KSZE-Teilnehmerstaaten und die Vereinten Nationen auf, aktiv für Reformen in der DDR und für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen einzutreten. Diese Forderung richtet sich weder gegen das westliche Bündnis noch gegen die Europäische Gemeinschaft, denn dieses Recht ist konstitutiver Bestandteil jeder demokratischen Ordnung. Es steht allen Völkern zu, so auch dem deutschen Volk.

Die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Gemeinschaft ist konstitutiv und unwiderruflich. Es gibt für uns keinen anderen Weg als den der gewaltenteilenden parlamentarischen Demokratie, des freiheitlichen Rechtsstaates, der sozialen Marktwirtschaft und der föderativen Ordnung. Einen deutschen Allein- und Sonderweg lehnen wir ab: Er würde diese Grundlagen gefährden. Das freie Europa muß durch eine aktive europäische Selbstbestimmungs- und Deutschlandpolitik die Überwindung der Teilung Europas und der Teilung Deutschlands anstreben. Dafür ist die Teilhabe der Deutschen am europäischen Einigungsprozeß ebenso erforderlich wie die Sicherung der atlantischen Allianz.

Die Christlich-Soziale Union unterstützt alle Wünsche der mittel- und osteuropäischen Staaten nach einer Annäherung an den freiheitlichen Teil Europas. Sie erwartet aber gleichzeitig die Anerkennung von Selbstbestimmung und Menschenrechte in all diesen Staaten. Selbstbestimmung und Menschenrechte gehören untrennbar zur europäischen politischen Kultur.

Die Christlich-Soziale Union dankt allen, die Deutschen aus Mittel- und Osteuropa zu einem Leben in Freiheit verholfen haben und verhelfen werden. Sie anerkennt und würdigt, daß Politiker in Ost und West ein Bekenntnis zur deutschen Einheit in Freiheit abgelegt haben.

- 6 -

Maßstab unserer Politik bleibt die Verfassung der Freiheit, verbunden mit der sozialen Marktwirtschaft, bleibt die europäische Integration, bleiben atlantische Sicherheit im Westen und aktive Verständigungspolitik nach Osten. Wir werden stets Reformen anmahnen und, wenn sie ins Werk gesetzt werden, unterstützen. Die Antwort auf die deutsche Frage suchen wir nicht in Alleingängen, sondern im Zusammenwirken mit unseren Verbündeten, unseren Partnern in Europa und unseren Nachbarn im Osten. Um diese Ziel zu erreichen braucht es Zielklarheit, Zielstrebigkeit und einen langen Atem. Am Ende des Weges aber wird, wenn wir Vision und Engagement verbinden und den Mut in unseren Überzeugungen bewahren, die Gestaltung Europas stehen, die nach den Katastrophen unseres Jahrhunderts eine Ordnung des Friedens, der Vernunft und der Zusammenarbeit heraufführt.

Hergestellt im Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung. Weibergabe nicht gestattet. Reproduktion und Veröffentlichung nur mit schriftlicher Genehmigung des ACSP